

Niederschrift

über die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 20.10.2022

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20.25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jörn Debener ab 17:20 Uhr
Herr Steve Kuhlmann
Frau Johanna Weber

SPD

Herr Jörg Benesch
Frau Susanne Kleinekathöfer
Frau Heike Peppmüller-Hilker
Frau Heidemarie Schönrock-
Beckmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr André Flöttmann
Herr Stephan Godejohann
Herr Gerd-Peter Grün
Herr Prof. Dr. Martin Sauer Vorsitz
Frau Ruth Wegner

Die Linke

Herr Bernd Adolph
Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

FDP

Herr Gregor Spalek

Von der Verwaltung/Gäste:

Frau Lucy Dreier, Bauamt (zu TOP 20.1)
Frau Johanna Rose (Bauamt) und Herr Frank Otterbach (ISB) zu TOP 20.3
Vertreterinnen und Vertreter der Vereine „Wir im Westen“, „City-Haus“ und „Wohnprojekt 7“
zu TOP 20.2
Herr Andreas Hansen, Bezirksamt
Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

Entschuldigt fehlen:

Herr Michael Weber (CDU)
Frau Heliane Ostwald (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer (B 90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 19. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 20.10.2022 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Verabschiedung und Neuverpflichtung eines Mitglieds

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer begrüßt Frau Heidemarie Schönrock-Beckmann herzlich zum 1.10.2022 als neues Mitglied der Bezirksvertretung Schildesche. Nach der Verpflichtung stellt sie sich kurz vor. Frau Schönrock-Beckmann war bereits zwischen 1999 – 2004 Mitglied der Bezirksvertretung Schildesche. Sie freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Sodann werden die beiden neuen Mitglieder, Herr Andre Flöttmann und Frau Heidemarie Schönrock-Beckmann um Zustimmung gebeten, dass in jeder Sitzung ein Aufnahmegerät mitläuft. Dies dient ausschließlich der Protokollerstellung. Herr Hansen erklärt, dass die Aufnahmen automatisch nach einem Jahr gelöscht werden.

Beide stimmen zu.

Zu Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Zu Punkt 2.1 Frage von Herrn Feldmann in der Sitzung am 1.9.2022

Herr Feldmann hat in der Sitzung am 1.9.2022 die Frage gestellt, worauf sich die „Ausschreibung für die Martin-Niemöller-Gesamtschule“ bezieht, über die vor einigen Tagen in der Zeitung berichtet wurde.

Antwort der Verwaltung:

Am 29.08.22 wurden die folgenden drei Ausschreibungen vom Immobilienservicebetrieb über die Zentrale Vergabestelle der Stadt Bielefeld veröffentlicht (siehe Anlage):

Martin-Niemöller-Gesamtschule:

- 1) Interimsmaßnahme / Trockenbau
- 2) Interimsmaßnahme / Dacharbeiten
- 3) Interimsmaßnahme / Stahlbauarbeiten

Der Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule wird auf zwei Grundstücken (Nord / Süd) neu errichtet. Um den Neubau Süd erstellen zu können,

ist es notwendig, einen Gebäudeteil der jetzigen Bestandsschule vorzeitig abzubrechen.

Um diesen Abbruch realisieren zu können, sind interne Umzugsarbeiten und Anpassungen am Bestandsgebäude notwendig. Die o. g. Ausschreibungen beziehen sich alle auf diese Vorabmaßnahme im jetzigen Bestandsgebäude. Der Abbruch dieses Teilbereiches wird voraussichtlich in den Sommerferien 2023 erfolgen.

Der Abbruch des restlichen Gebäudes erfolgt voraussichtlich im Herbst/Winter 2026 nach dem dann abgeschlossenen Umzug in das neu errichtete Schulgebäude.

Herr Feldmann hat die Antwort schriftlich bekommen.

Zu Punkt 2.2

Frage von Herrn Günter Dammann, Schuckertstraße 13, 33613 Bielefeld "Schuckertstraße"

Herr Dammann erklärt, dass im Januar 2022 die Schilder „Tempo-30“ aufgestellt wurden. Er berichtet ausführlich, dass sich die Mehrzahl der durchfahrenden Autofahrer nicht an die Tempobeschränkung hält. Er habe deshalb schon mehrfach im Amt für Verkehr vorgesprochen.

Seiner Meinung nach sind die Schilder schlecht platziert.

Was kann die Verwaltung tun, um Tempo 30 in der Schuckertstraße durchzusetzen?

Herr Dammann schlägt vor, die Schilder besser zu platzieren.

In der Zwischenzeit sei ein Piktogramm auf der Fahrbahn erstellt worden. Dies sei zu klein und ebenfalls ungünstig platziert. Auch hier schlägt Herr Dammann eine Erneuerung vor.

Herr Benesch (SPD) schlägt vor, häufiger einen mobilen Blitzer in der Straße aufzustellen.

Herr Adolph (Die Linke) regt an, Bodenwellen o.ä. in der Straße anzubringen, die die Autofahrer zwingen, langsamer zu fahren.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, diese Frage an das Amt für Verkehr weiterzuleiten.

Zu Punkt 2.3 Frage von Herrn Heinrich Feldmann, Beckhausstraße 234, 33611 Bielefeld "Huchzermeierstraße"

Herr Feldmann beklagt den immer schlechter werdenden Zustand der Huchzermeierstraße. Er berichtet von Schlaglöchern und hochstehenden Kanten von Gullideckeln, da die Straße absacke.

Vor ein paar Tagen musste er beobachten, wie ein Kind mit dem Fahrrad in einem Schlagloch gestürzt ist.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, das Amt für Verkehr um Begutachtung der Straße zu bitten.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Frage von Herrn Michael Kornreder, Margaretenweg 17, 33611 Bielefeld "MNG Energieverbrauch"

Herr Kornreder beklagt, dass in der Martin-Niemöller-Gesamtschule unnötig Energie verbraucht werde. Beamer, Rechner und Bildschirme laufen nachts und teilweise während der Ferien. Auch werde zu viel und falsch geheizt. Herr Kornreder habe sich bereits an die Schulleitung gewandt, jedoch von dort nur ausweichende Antworten erhalten.

Er bittet die Bezirksvertretung um Unterstützung, den unnötigen Energieverbrauch gerade in diesen Zeiten zu unterbinden.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, die Frage an die Schulleitung, das Amt für Schule und den ISB (Heizung) weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 1.9.2022

Die BV fasst folgenden

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 01.09.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 Mitteilungen

4.1 Modal-Split-Befragung

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Die Stadt Bielefeld plant eine Veränderung der Mobilität. Um Erkenntnisse über die Veränderungen im Mobilitätsverhalten bzw. der Verkehrsmittelwahl der Einwohner*innen zu erhalten, wurden bereits in 2010 und 2017 Haushaltsbefragungen nach dem Standardverfahren der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen (AGFS) durchgeführt. Ziel war und ist es herauszufinden, wie sich der Modal Split verteilt, also welche Verkehrsmittelwahl je Weg vorgenommen wird und wie sich die einzelnen Wege zusammensetzen. Die AGFS empfiehlt die Erhebung des Modal Split in einem Turnus von fünf Jahren und fördert die Durchführung von Modal-Split-Erhebungen in Höhe von 85 Prozent.

Um Erkenntnisse zum aktuellen Stand der Verkehrsmittelnutzung zu gewinnen, führt die Stadt Bielefeld mit gutachterlicher Unterstützung 2022 erneut eine Modal-Split-Befragung durch. Im Gegensatz zu den bisherigen Befragungen werden zusätzlich zu den zurückgelegten Wegen auch einzelne Etappen sowie die dafür genutzten Verkehrsmittel abgefragt und die Intermodalität stärker in den Fokus gerückt

Die Verteilung der Befragungsunterlagen an ca. 17.700 Haushalte ist für die 41. und 42. KW geplant. Das Mobilitätsverhalten soll von den Teilnehmenden an einem von vier Stichtagen in der 42. und 43. KW angegeben werden. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und schriftlich, online oder telefonisch möglich. Im Anschluss erfolgt die Dateneingabe und –auswertung durch das mit der Durchführung der Haushaltsbefragung beauftragte Büro stadtVerkehr. Die aufbereiteten Ergebnisse werden Ende Februar 2023 erwartet.

Um eine möglichst hohe Beteiligungsquote zu erreichen, wird vorab über die Medien zur Modal-Split-Befragung informiert. Die Verwaltung bittet die Mitglieder der Bezirksvertretung Schildesche um Unterstützung bei der Bewerbung.

4.2 Absperrung eines Denkmals in der Nähe der Stiftskirche in Schildesche

Der Immobilienservicebetreiber teilt dazu mit:

Im Rahmen einer Begehung wurden durch den Immobilienservicebetrieb Schäden an einem Objekt im Grünzug zwischen der Stiftskirche und der Westerfeldstraße in Schildesche festgestellt. Das aus Sandstein erstellte Denkmal wurde zum Gedenken an die Gefallenen des Deutsch-Französischen Krieges 1870 errichtet und muss aufgrund seiner aufwändigen und teils auch filigranen Details (Kreuz, Zierschmuck, Gesimse, etc.) durch ein Fachunternehmen aus dem Bereich Naturstein überprüft und eventuell saniert werden.

Das Objekt wird mit Bauzaunelementen abgesperrt, in der nächsten Zeit gereinigt und baufachlich überprüft.

Fotos des Denkmals:



4.3 Neuer Rektor in der Hamfeldschule

Eike-Christian Bicker ist als neuer Rektor der Hamfeldschule vereidigt worden.

4.4 Adolf-Reichwein-Straße/Ludwig-Beck-Straße

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer berichtet, dass in den Straßen Adolf-Reichwein-Straße/Ludwig-Beck-Straße die Tempo-30-Zone Schilder aufgestellt sind (s. Antrag Drucksachen-Nummer 3895/2020-2025 vom 22.4.2022). Die offizielle Bestätigung des Amtes für Verkehr steht noch aus.

4.5 Bebauung Alter Marktplatz

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer berichtet von einem Gespräch mit dem kommissarischen Amtsleiter des Bauamts, Herrn Lars Bielefeld. Demnach wird die abschließende Bearbeitung des Bebauungsplans Nr. II/2/14.03 „Wohnen zwischen Beckhausstraße und Huchzermeierstraße“ (Alter Marktplatz Schildesche) in nächster Zeit angestrebt.

4.6 Erinnerungskultur

Frau Kleinekathöfer berichtet von einem Gespräch mit dem ISB: Es wurde vereinbart, dass ein großer Bildschirm, der interaktiv benutzt werden kann, im Bereich der Stadtteilbibliothek aufgestellt wird. Auf diesem Bildschirm kann die Entstehungsgeschichte Schildesches nachvollzogen werden. Zur nächsten Sitzung am 24.11.2022 wird der ISB einen konkreten Vorschlag zur Umsetzbarkeit unterbreiten.

4.7 Energieberatung

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer berichtet, dass die BV Schildesche eine kostenlose Energieberatung für Privathaushalte anbietet. Herr Dipl.-Ing. Hartmut Hartung führt die Beratungen mittwochs zwischen 14:00 und 17:00 Uhr im AWO-Quartiersbüro, Liethstück 2 in Schildesche durch.

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Anfrage zur Versetzung eines Halteverbotschildes an der Gerhard-Hauptmann-Straße. Gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen vom 10.10.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4846/2020-2025

Text der Anfrage:

Ist es möglich, dass das Verkehrsschild eingeschränktes Halteverbot weiter weg von der Einmündung Schloßhofstraße in die Gerhart-Hauptmann-Straße versetzt wird?

Das Amt für Verkehr beantwortet die Anfrage wie folgt:

„Das Verkehrsschild „eingeschränktes Haltverbot“ an dieser Stelle ist vor Jahren zur Erleichterung des Buslinienverkehrs angeordnet worden. Der Standort des Schildes grenzt direkt an das im Einmündungsbereich bestehende gesetzliche Haltverbot von 5 Metern an. Ein weiteres Einrücken in die Gerhart-Hauptmann-Straße würde das Parken zwischen dem Ende des gesetzlichen Haltverbotes und der Beschilderung erlauben. Deshalb ist ein Versetzen des Verkehrsschildes nicht möglich.

Jedoch wird die Verwaltung in Abstimmung mit moBiel prüfen, ob die Beschilderung optimiert und gegen ein absolutes Haltverbot ausgetauscht werden muss.“

Kenntnisnahme

Zu Punkt 5.2 Ist es beabsichtigt, die beiden neuen Schulgebäude der MNG an den zwei Standorten an der Apfelstraße/An der Reegt an das Fernwärmenetz anzuschließen? Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.10.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4876/2020-2025

Die schriftliche Antwort liegt noch nicht vor.

Herr Schwarz (ISB) teilt in einem Telefonat mit, dass dies untersucht wurde. Das Fernwärmenetz liege 2 km vom Standort entfernt. Die Stadtwerke Bielefeld haben kein Angebot unterbreitet.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Gibt es Überlegungen besonders für Schildesche, geeignete Flächen nach dem Prinzip der "Schwammstadt" (sponge city) zu organisieren? Gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und B90/Die Grünen vom 17.8.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4521/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 5.4

Verbesserung der Verkehrssituation an der Sudbrackstraße im Bereich Grünanlage Meierteich / Straße am Feuerholz (Anfrage der Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 22.08.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4535/2020-2025

Text der Anfrage: Sieht das Amt für Verkehr Möglichkeiten, die Verkehrssicherheit an der Sudbrackstraße im Bereich Grünanlage Meierteich / Straße am Feuerholz zu verbessern?

Das Amt für Verkehr antwortet wie folgt:

Die Situation für den querenden Fuß- und Radverkehr ist auch nach Ansicht der Verwaltung unbefriedigend. Die Anlage einer baulichen Querungshilfe wurde deshalb bereits geprüft, kommt aber im Bestand aufgrund fehlender Fahrbahnbreite nicht in Betracht. Die Anlage eines Fußgängerüberweges wäre in ausreichender Entfernung zur Ampelanlage durchaus zulässig. Ein solcher könnte die Querungssituation für den Fußverkehr, die für den Radverkehr aber nur indirekt verbessern. Die Anlage eines Fußgängerüberweges war zwar zuletzt 2020 von der Verwaltung abgelehnt worden, inzwischen hat sich aber die Rechtslage geändert.

Auch eine Bedarfsampel, ähnlich der an der Talbrückenstraße, wäre zunächst grundsätzlich denkbar. Insgesamt erfordert dies eine umfassende rechtliche sowie technische Machbarkeitsprüfung, welche in den nächsten Wochen vorgenommen wird. Je nach Ergebnis dieser Prüfungen wird die Verwaltung dabei die Notwendigkeit und Zulässigkeit einer Geschwindigkeitsreduzierung einbeziehen

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Errichtung einer Pannenhilfe-Station für Radfahrer*innen und Rollstuhlfahrer*innen. Gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, B90/Die Grünen und SPD vom 22.8.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4548/2020-2025

Text der Anfrage: Ist die Einrichtung einer Fahrrad-Pannenhilfestation im unmittelbaren Bereich des Wetterhäuschens an der Johannisstraße im historischen Ortsteil Schildesche möglich?

Das Amt für Verkehr antwortet wie folgt:

Mit dem Beschluss des Umsetzungskonzeptes Rad im Jahr 2021 (DS 0697/2020-2025) ist die Implementierung von Serviceeinrichtungen für die Radverkehrsförderung in der Stadt Bielefeld vorgesehen. Dazu gehört auch ein Angebot an Fahrradreparaturstationen. Die einzelnen Maßnahmen werden nun priorisiert und sukzessive abgearbeitet.

Es ist vorgesehen, ein Konzept zur Umsetzung (inkl. Standorte, Finanzierung und Wartung) von Fahrradreparaturstationen in der Stadt Bielefeld zu erstellen und den politischen Gremien vorzustellen. Der entsprechende Antrag aus Schildesche wird dabei in die Planungen eingehen.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5.6 Inklusive Spielplätze (Anfrage der CDU-Fraktion v. 23.08.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4549/2020-2025

vertagt

-.-

Zu Punkt 5.7 Erhöhung der Verkehrssicherheit an der Beckhausstraße/Meierfeld unter Berücksichtigung der Straßenbahnlinie 1. Gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen v. 24.08.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4607/2020-2025

Text der Anfrage: Welche Maßnahmen können zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an der Beckhausstraße/Meierfeld unter Berücksichtigung der Straßenbahnlinie 1 ergriffen werden?

Das Amt für Verkehr antwortet wie folgt:

„Zusätzlich zu den bereits kommunizierten Maßnahmen (Tempo 30, Signalisierung) hat die Verwaltung die Beckhausstraße für die im Herbst 2022 durchzuführende Verkehrsschau zu Stadtbahnübergängen unter besonderer Berücksichtigung von Unfällen mit Stadtbahnbeteiligung fest eingeplant. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Verkehrsschau bleiben zunächst abzuwarten.“

Kenntnisnahme

-.-

Zu Punkt 5.8 Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule: Größenvergleich der Schulhöfe. Anfrage des Vertreters der FDP v. 25.08.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4618/2020-2025

Text der Anfrage

Wie groß werden die Schulhöfe im Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule (MNG) im Vergleich zu heute sein?

Antwort der Verwaltung:

Für die Planung des Neubaus werden die gesetzlich vorgeschriebenen 5 qm pro Schüler berücksichtigt.

Da sich durch die Reduzierung der Zügigkeit auch die Schülerzahlen reduzieren, sind entsprechend geringere Flächen nachzuweisen.

Bestand: gesamt ca. 8.250 qm

Im Neubau nachzuweisen:

Nordgebäude: 4.425 qm (Soll); Im Entwurf nachgewiesen: 4.620 qm (Ist)

Südgebäude: 1.620 qm (Soll); Im Entwurf nachgewiesen: 2.090 qm (Ist)

1. Zusatzfrage:

Wie viele Lehrerparkplätze sind im Vergleich mit der gegenwärtigen Situation für den Neubau der MNG vorgesehen?

Antwort der Verwaltung:

Die Ermittlung der Stellplätze findet aktuell statt. Sobald diese abgeschlossen ist, kann hierzu eine Aussage getroffen werden. Voraussichtlich Ende Oktober.

2. Zusatzfrage:

Was passiert mit dem durch den Neubau an zwei Standorten frei gewordenen Grundstück auf dem jetzigen Gelände der MNG?

Antwort der Verwaltung:

Angrenzend an den Neubau des Südgebäudes werden die Parkplätze für den Schulneubau verortet (innerhalb des Planungsgebietes). Auf der freiwerdenden Restfläche besteht die Möglichkeit, dauerhaft P+R-Parkplätze parallel zur Haltestelle Heidegärten anzuordnen. Über die Restflächen kann derzeit keine Aussage getroffen werden. Dazu bedarf es insbesondere politischer Abstimmungen.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1

Zurückziehung des früheren Antrags zum Bau eines zusätzlichen Parkplatzes und Planung eines "Wohnmobilhafens" am Obersee (gem. Antrag der Fraktionen B 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 7.10.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4845/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer erläutert, warum der frühere Antrag zurückgezogen wird. Durch das Bielefelder Mobilitätskonzept sei ein Umdenken in Gang gesetzt worden. Man möchte jetzt keinen zusätzlichen Parkraum mehr schaffen.

Herr Kuhlmann (CDU) weist auf die Argumente hin, die bereits umfangreich im Jahr 2020 dargestellt wurden. Erstaunt zeigt er sich über den offensichtlichen Sinneswandel der SPD-Fraktion, da diese den Beschluss 2020 mitgetragen haben, einen „naturnah-geplanten“ Parkplatz zu bauen.

Herr Kuhlmann legt dar, dass sich viele Anwohner am und um den See dringend den Parkplatz wünschten. Auf der Talbrückenstraße komme es

am Wochenende immer wieder zu brenzlichen Situationen durch die zahlreichen parkenden Autos. Ebenso spreche sich der Vorsitzende des Sportvereins VfL für den nahegelegenen Fußballplatz für den Bau des Parkplatzes aus: Besucher und Spieler kommen teilweise nicht aus Bielefeld und sind auf das Auto angewiesen, um den Platz zu erreichen.

Der Parkplatz solle nur am Wochenende zur Verfügung stehen.

Der ÖPNV soll mittelfristig stärker genutzt werden, Herr Kuhlmann verweist auf den Antrag, der in der letzten Sitzung dazu gestellt wurde.

Bereits jetzt sei ein Anstieg der Fahrradfahrer und Nutzung des ÖPNV zu erkennen. Bis sich das Nutzerverhalten geändert habe, solle der Parkplatz naturnah ausgebaut werden. Dann könne er in einigen Jahren zurückgebaut werden.

Herr Benesch (SPD) weist auf die umfangreichen Krisen hin, die die Gesellschaft derzeit bewältigen muss. Diese Krisen verursachen eine Veränderung des Verhaltens. Seine Fraktion übernimmt mit dem Antrag zur Rücknahme des Parkplatzbaus Verantwortung und zeigt damit eine klimafreundliche Entwicklung auf. Es werden ausdrücklich keine Parkplätze entfernt, aber auch keinen neuen gebaut. Damit wolle man die stärkere Nutzung der Fahrräder und des ÖPNV unterstützen und voranbringen.

Frau Kleinekathöfer (SPD) ergänzt, dass mit dem heutigen Wissen über Klimaveränderungen es nicht mehr verantwortbar sei, weitere Parkplätze zu bauen. Mehr Parkplätze ziehen mehr Autos an. Es müsse alles getan werden, hier keine weiteren Anreize zu geben, da es zu viel Autos gebe.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) antwortet direkt auf das Argument von Herrn Kuhlmann, dass Anrainer sich Parkplätze wünschen und erklärt, dass es ebenso viel Anwohner gebe, die ausdrücklich keinen weiteren Ausbau von Parkplätzen wünschen.

Herr Spalek regt an, die Entscheidung über den Antrag zu vertagen und die Anwohner, den VfL und die Gastronomie einzubeziehen. Dazu beantragt er die 1. Lesung.

Herr Flöttmann (B 90/Die Grünen) spricht sich dafür aus, Flächenverbrauch insgesamt zu minimieren. Schon aus diesem Grund dürfe der Parkplatz nicht gebaut werden.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer stellt noch einmal klar, dass der 2020 getroffene Kompromiss lautete, einen unbefestigten Parkplatz zu bauen. Das war nach Aussage des Umweltamts nicht möglich. In der Zwischenzeit sei es unverantwortlich, weitere Flächen zu versiegeln. Deshalb müsse der Antrag zurückgenommen werden.

Er lässt über den Vorschlag der 1. Lesung abstimmen. Dafür sprechen sich vier, dagegen 11 Mitglieder aus.

Sodann lässt er über den Antrag abstimmen. Die BV-Mitglieder fassen folgenden

Beschluss:

Die BV Schildesche zieht ihren früheren Antrag auf Bau eines zusätzlichen Parkplatzes am Obersee zurück. Auch die Planungen für einen „Wohnmobilhafen“ auf dem städtischen Grundstück an der Westerfeldstraße neben dem Viadukt sollen nicht fortgeführt werden.

Dafür: 11
Dagegen: 4

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 6.2**Geeignete Standorte für ein Basketballfeld in Schildesche prüfen. Antrag der SPD-Fraktion vom 9.10.2022****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 4860/2020-2025

Herr Benesch (SPD) erklärt, dass es sich um einen gemeinsamen Antrag mit BC Mitte handele.

Herr Kuhlmann (CDU) unterstützt den Antrag. Er bittet um Ergänzung, dass bei den möglichen Fördermaßnahmen auch geprüft werden solle, ob Mittel aus der städtischen Sportpauschale zum Einsatz kommen könnten.

Mit dieser Ergänzung fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung (Sportamt, ggf. Umweltamt/Umweltbetrieb) wird gebeten zu prüfen, ob z.B. zwischen Max-Planck-Gymnasium und Gertrud Bäumer-Realschule, auch nach Abstimmung mit den Schulen, oder hinter dem Schloßhof, im Grünstreifen zwischen der Schüco-Arena/Wickenkamp oder oberhalb des Fußballplatzes hinter dem Schloßhof hinter dem Grüngürtel (52°02'06,4"N8°30'48.3"E, Gebiet BV Schildesche) der Aufbau eines Basketballplatzes möglich ist. Oder gibt es im Bielefelder Westen bzw. Schildesche West eine andere Möglichkeit für den Aufbau eines Basketballplatzes? Des Weiteren bitten wir darum, mögliche Fördermaßnahmen für einen solchen offenen, ggf. auch überdachten Basketballplatz aufzuzeigen. Dabei soll auch der Einsatz von Mitteln der städtischen Sportpauschale geprüft werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.3 Maßnahmen zur Einhaltung von Tempo 30 in der Drögestraße. Gem. Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen vom 10.10.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4861/2020-2025

Herr Benesch (SPD) erklärt, dass in der heutigen Sitzung der BV Mitte die SPD-Fraktion den gleichen Antrag stellt.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen es ermöglichen, dass in der Drögestraße, insbesondere zwischen „Schloßhofstraße“ und „Am Brodhagen“, sowie dem weiteren Verlauf bis zur Jöllenbecker Straße, die Autofahrer*innen zur Einhaltung des Tempo 30 bewegt werden. Mögliche Maßnahmen könnten Bodenwellen, Blumenkübel auf der Straße oder Inseln usw. sein. Des Weiteren bitten wir zu prüfen, wie in der Drögestraße, zwischen Laestraße und Am Brodhagen der Hinweis auf die Tempozone 30 gegeben werden kann (z.B. durch Fahrbahnmarkierung Tempo 30 – siehe Foto). Wir bitten dies zeitnah und mindestens 14 Tage vor der BV Sitzung im November mitzuteilen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.4 Hinweise auf mangelnde Barrierefreiheit bei Stadtbahnhaltestellen in Schildesche. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.10.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4873/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fassen die Mitglieder folgenden

Beschluss:

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Schildesche bitten das Amt für Verkehr und moBiel um die Erarbeitung eines Konzepts, wie in den Stadtbahnen akustisch und visuell auf nicht barrierefreie Haltestellen hingewiesen werden und eine Kennzeichnung auf den (ausgehangenen) Fahrplänen sowie in der moBiel-App erfolgen kann.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.5 Wiedereröffnung der Ein-Personen-Bürgerberatung in Schildesche ab 1.4.2023. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.10.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4874/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer weist auf den Änderungsantrag zu diesem TOP, s. TOP 6.5.1 hin. Der Beschluss zu beiden TOPs wird unter TOP 6.5 aufgeführt:

Herr Kuhlmann (CDU) weist auf den politischen Beschluss hin, nachdem die Ein-Personen-Bürgerberatungen „zunächst bis zum 31.3.2023“ geschlossen sein sollen. Er plädiert dafür, daraus ein „nur bis zum 31.3.2023“ zu machen. Dies müsse frühzeitig beschlossen werden, damit das notwendige Personal eingeplant werden kann.

Er erklärt für seine Fraktion, dem heute vorgelegten Änderungsantrag zuzustimmen und schlägt folgende Ergänzung vor:

- Ist es möglich, dass mobile Angebote als weitere dezentrale Möglichkeiten zu schaffen sind?

Herr Adolph (Die Linke) begrüßt, dass offensichtlich alle Fraktionen für die Weiterführung der Bürgerberatungen sind. Er setzt sich sehr dafür ein, da besonders in Schildesche zahlreiche ältere Personen wohnen. Jedoch müsse die Attraktivität zum Beispiel durch einen zusätzlichen geöffneten Nachmittag gesteigert werden. Weiter sei es wichtig, einen einheitlichen Beschluss zu erzielen.

Herr Bensch (SPD) stimmt dem zu und ergänzt, dass möglichst alle Bezirksvertretungen sich dafür aussprechen, um den notwendigen Druck zu erzeugen.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer lässt über Antrag plus Änderungsantrag – diesen mit der Ergänzung – abstimmen. Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche beantragt, dass die Bürgerberatung Schildesche, Margaretenweg 29, definitiv ab April 2023 wieder geöffnet wird und die Servicezeiten um einen weiteren Nachmittag erweitert werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwiefern folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots der Bürgerberatungen vor Ort darstellbar sind:

Ist es möglich,

- dass in öffentlichen Einrichtungen, z. B. Stadtteilbibliothek, Formulare der Stadt Bielefeld zu erhalten und abzugeben sind?
 - dass Onlineterminbuchungen für die jeweiligen Bürgerberatungsstellen eingerichtet werden, um somit Menschen, die im Bezirk arbeiten, aber in anderen Bezirken wohnen, eine unkomplizierte Möglichkeit zu geben, ihre Angelegenheiten zu regeln? (Bsp. Frankfurt/M.)
 - dass die Beschilderung zu den jeweiligen Bürgerberatungsstellen verbessert wird (aktuell gibt es nur etwas versteckte Hinweisschilder)?
 - dass alle Behördengänge (oder so viele wie möglich) mit Vollmacht vorgenommen werden können? So könnten engagierte Bürger*innen anderen helfen.
 - dass der Service „Postident“ der Deutschen Post AG bei der Übergabe und dem Empfang von Dokumenten genutzt wird?
 - dass mobile Angebote als weitere dezentrale Möglichkeiten zu schaffen sind?
- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.5.1 Änderungsantrag zur Drucksache 4874/2020-2025 Wiedereröffnung der Ein-Personen-Bürgerberatung in Schildesche ab 1.4.2023 (Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke, B 90/Die Grünen vom 20.10.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4966/2020-2025

Beschluss: s. TOP 6.5

Zu Punkt 7 Wesentliche Neuerungen durch das 5. Änderungsgesetz zum Kommunalabgabengesetz (KAG) für das Land NRW

hier: Erstellung eines Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Bielefeld für die Jahre 2022 - 2026 sowie Festlegung von geringfügigen Maßnahmen im Sinne des § 8a Absatz 4 KAG.

Übertragung von in § 8a KAG geregelten Zuständigkeiten, Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung des Rates sowie Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates; Änderung der Hauptsatzung.

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1631/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) erklärt, dass die offenen Fragen bilateral geklärt werden konnten.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche und der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Dem als Anlage 2 beigefügten Straßen- und Wegekonzept der Stadt Bielefeld wird zugestimmt.
2. Die Entscheidung über Fortschreibungen des Straßen- und Wegekonzeptes trifft zukünftig der Stadtentwicklungsausschuss. Die Bezirksvertretungen sind zu beteiligen.
3. Die Ergebnisse der verbindlichen Anliegerversammlungen zu beitragspflichtigen Maßnahmen werden dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis vorgelegt. Die Bezirksvertretungen sind entsprechend ihrer örtlichen Zuständigkeit zu beteiligen.
4. Die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld wird bei der nächsten Änderung wie folgt ergänzt:
 - Stadtentwicklungsausschuss, Ziffer 2.16

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Bezeichnung der Angelegenheit</u>	<u>gesetzlich vorgeschrieben</u>
2.16	- Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzeptes - Kenntnisnahme der Ergebnisse der verbindlichen Anliegerversammlungen	./.

5. Die Hauptsatzung der Stadt Bielefeld wird bei der nächsten Änderung wie folgt ergänzt:
 - § 7 Absatz 4 erhält den Buchstaben „w“ mit folgendem Inhalt:
 - Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Bielefeld.
6. Als geringfügige Maßnahmen nach § 8a Absatz 4 KAG werden festgelegt:
 - a. Beleuchtungsmaßnahmen
 - b. Kanalbaumaßnahmen
 - c. Straßenbaumaßnahmen, bei denen lediglich ein Straßenbestandteil betroffen ist (also z.B. nur die Fahrbahn oder nur die Gehwege)

- einstimmig beschlossen -

-.-

Zu Punkt 8**Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld (ISB) für das Wirtschaftsjahr 2023; bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Schildesche**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4483/2020-2025

Herr Grün (B 90/Die Grünen) erklärt, dass seine Fraktion dem Wirtschaftsplan des ISB zustimmen kann.

Er erklärt zu den in der Anlage aufgeführten raumluftechnischen Anlagen, dass der Einbau in der Zwischenzeit an einigen Schulen erfolgt ist. Die Technik sei gut, aber mit der Größe der Anlagen sei man unzufrieden. Die Schulen wünschen sich hier eine Veränderung. Als weiteres Vorgehen ist ein gemeinsames Schreiben der Schulen an den Schulausschuss und die politischen Gremien geplant.

Herr Adolph (Die Linke) ergänzt, dass bei kleinen Räumen durch dieses überdimensionierte Gerät möglicherweise 2 Schüler weniger Platz finden. Dies sei bei steigenden Schülerzahlen nicht akzeptabel. Er schlägt vor, dass man hier flexibler sein müsse.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer (B 90/Die Grünen) führt zu den Lüftungsanlagen aus, dass das Konzept nicht schlüssig sei. In Gemeinschaftsräumen wie den Mensen und einigen OGS-Räumen seien keine Anlagen vorgesehen. Er schlägt deshalb vor, dass das Konzept in Abstimmung mit den Schulen zu optimieren sei. Die Mitglieder der BV stimmen hier zu.

Versehentlich wurde in der Sitzung die Vorlage nur „zur Kenntnis“ genommen. Nach Rücksprache mit Herrn Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer wurde nachträglich „einstimmig beschlossen“ ausgewählt, da es sich um eine Beschlussvorlage handelt. Der Tenor der Diskussion ließe das zu.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss und dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsjahr 2023 zu veranschlagen.

Die Bezirksvertretung Schildesche bittet darum, dass Konzept in Abstimmung mit den Schulen zu optimieren.

-.-

Zu Punkt 9**Beratung des Bezirksbudgets 2023 ff. für den Stadtbezirk Schildesche**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4649/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) bittet um die Ergänzung, dass die BV vorbehaltlich der Schlussberatung im FIPA zustimmt.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzung fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.88 Stadtmanagement Schildesche (Band II Seite 410 ff.)

11.01.98 Bezirksvertretung Schildesche (Band II Seite 452 ff.)

11.13.15 Bezirksliches Grün Stadtbezirk Schildesche (Band II Seite 11913 ff.) wird zugestimmt (Anlage 1).

2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen

11.01.88 (im Jahre 2022 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 82 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 24.337 €)

11.01.98 (im Jahre 2022 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 756 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 95.479 €)

11.13.15 (im Jahre 2022 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.314.238 €)

wird zugestimmt (Anlage 1). Gegenüber den Beschlüssen zum Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 – 2025 ergeben sich keine Veränderungen.

2. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.88 (Band II S. 415) und 11.13.15 (Band II S. 1918) für den Haushaltsplan 2023 wird zugestimmt (Anlage 1). Gegenüber den Beschlüssen zum Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten 2023 – 2025 ergeben sich keine Veränderungen.

4. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben - Bezirkshaushalt Stadtbezirk Schildesche (Band II Seite 2077) – wird bezogen auf

- die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung
- die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche

- die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche
- die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche

- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche
- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Schildesche

(Anlage 2) wird zugestimmt.

Den Planungen des Umweltbetriebes in Bezug auf die für den Stadtbezirk 2023 vorgesehenen Investitionsmaßnahmen wird zugestimmt (Anlage 3)

Die Bezirksvertretung Schildesche stimmt vorbehaltlich der Schlussberatung im FIPA zu.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Bericht zur Beratung der Jahresunfallkommission UK 2022-II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4782/2020-2025

Herr Benesch (SPD) weist auf die in der Anlage aufgeführte Unfallhäufungsstelle Nr. 17 „Apfel-/Sudbrackstraße hin.

Er bittet darum, dies im Zusammenhang mit der Anfrage Drucksachennummer 4535/2020-2025 zu betrachten; diese betreffe auch die Sudbrackstraße.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 11 Beckhausstraße zwischen Engersche Straße und Westerfeldstraße, Hier: Anlage von Radverkehrsanlagen und verkehrsregelnde Maßnahmen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4878/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 12 **Ersatzwahl TrägervertreterInnen in den Räten der städt. Kitas und erweiterte Schulkonferenz**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Die Bezirksvertretung Schildesche benennt folgende Ersatzpersonen:

Schulträgervertreter/in:

Für Inge Bernert (Die Linke) wird Bernd Adolph (Die Linke) ernannt

Stellvertreter/in:

Für Darius Haunhorst (SPD) wird Heike Peppmüller-Hilker (SPD) ernannt.

Trägervertreter/innen in den Räten der städt. Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtbezirk Schildesche

Für die Kita Kipps Hof wird für Darius Haunhorst (SPD) Heidemarie Schönrock-Beckmann (SPD) ernannt.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer schlägt vor, dass die Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Kitas in der Januarsitzung 2023 über ihre Erfahrungen berichten. Herr Dr. Hawerkamp habe zur Vorbereitung einen Fragebogen entwickelt. Die BV-Mitglieder stimmen zu.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Vergabe von Sondermitteln für den Stadtbezirk Schildesche im Haushaltsjahr 2022**

Es wurde kein Antrag auf Sondermittel gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 14.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Sachstand bei der digitalen Ausstattung der digitalen Infrastruktur Sildescher Grundschulen (Anfrage der Fraktionen B 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 23.5.2022)

Die Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 4144/2020-2025 ist bereits vom Amt für Schule beantwortet worden. Es wurde eine ergänzende Frage gestellt, die das Amt für Schule wie folgt beantwortet:

Anfrage Die Linke aus der Sitzung vom 09.06.2022 zu TOP 4.3, Drucksachen-Nr.: 4144/2020-2025 *Herr Adolph (Die Linke) sieht die Schulen in der Zwischenzeit gut ausgestattet mit WLAN und der notwendigen Hardware. Seiner Meinung nach gebe es aber zu wenig Unterstützung seitens der Stadt Bielefeld. Er bittet das Amt für Schule um Auskunft, wie viele Fachkräfte zur Medienunterstützung vorhanden sind und wann die notwendige Anzahl erreicht ist, damit alle Schulen tatsächlich regelmäßig unterstützt werden können.*

Antwort der Verwaltung:

„Nach einer Vereinbarung des Landes NRW mit dem Städtetag NRW aus 2008 ist der sog. First-Level-Support eine Aufgabe des Landes und wird in den Schulen durch die Medienbeauftragten wahrgenommen. Darüber hinaus hält der Schulträger für verschiedene Aufgabenbereiche professionelle Supportstrukturen vor, die aber nicht den Bereich des First-Level-Supports in den Schulen umfassen.“

Zur Unterstützung der Schulen im First-Level-Support hat das Ministerium für Schule und Bildung in 2021 die Richtlinie über die Förderung von IT-Administration (Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 - Administration) für Schulen in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

Als drittes Zusatzprogramm zum DigitalPakt NRW werden mit der genannten Richtlinie Maßnahmen im Bereich der Ausbildung und Finanzierung von IT-Administrierenden der schulischen IT-Infrastruktur gefördert, die in unmittelbarer Verbindung zu Investitionen nach der Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule sowie weiterer Zusatzvereinbarungen durchgeführt werden.

Diese Fördermittel sollen Schulträger dabei unterstützen, den Ausbau von professionellen Administrations- und Supportstrukturen zu finanzieren. Nach der Richtlinie sind u. a. befristete Personalausgaben für IT-Administrierende an Schulen förderfähig. Diese sollen in vollem Umfang den Schulen des Schulträgers zur Verfügung stehen und werden zusätzlich zu bereits vorhandenen Administrationsstrukturen gefördert.

Vor diesem Hintergrund wurden 2021 insgesamt 13 Stellen für Schul-IT-Management geschaffen. Die Stellen stehen seit dem 01.10.2021 zur Verfügung und sind vollständig besetzt. Dabei sind zehn Vollzeitäquivalente (VZÄ) im allgemeinbildenden Schulsystem tätig und betreuen und unterstützen dort im First-Level-Support 7 – 9 Schulen und 3 VZÄ sind in der Schulform Berufskolleg im Einsatz.

Die vorhandenen Fördermittel werden damit vollumfänglich ausgeschöpft.“

Zu Punkt 14.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Tempo 30 An der Reegt zwischen Beckhaus- und Apfelstraße (Antrag 2615/2020-2025)

Das Amt für Verkehr teilt zum ergänzenden Vorschlag zur Anfrage Tempo 30 An der Reegt zwischen der Beckhaus- und der Apfelstraße (zeitliche Begrenzung aufheben) mit:

Für die Straße An der Reegt zwischen Beckhaus- und Apfelstraße hat die Verwaltung Tempo 30 für täglich 7 – 22 Uhr angeordnet. Der Vorschlag, die zeitliche Begrenzung aufzuheben und durchgehend Tempo 30 anzuordnen, kann leider nicht umgesetzt werden. Der gesetzliche Rahmen der Straßenverkehrsordnung für die Anordnung von Tempo 30 ist hier ausgeschöpft.

Danach sind Anordnungen von Tempo 30 vor schutzwürdigen Einrichtungen auf die Öffnungszeiten einschließlich Nach- und Nebennutzungen zu beschränken. Auf die Nachtstunden darf die Tempo 30-Regelung für die schutzwürdigen Einrichtungen deshalb nicht ausgeweitet werden.
